Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 5.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung lic. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamezeile 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Fr. Strauhonsstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 235. **Halle, Dienstag, den 24. Mai 1921.** **Einzelpreis 30 Pfg.**

Deutsche Volkspartei und Schwerindustrie.

Wer in kritischen politischen Zeiten die wahre Meinung der rheinisch-westfälischen Großindustrie kennen lernen will, darf sich nicht an die offiziellen Erklärungen der Verbände halten, sondern muß die deutsche Bergwerkszeitung aus Essen zur Hand nehmen, die in ihren Wochenübersichten zwischen den Zeilen sehr offenherzig zu sein pflegt. Das Blatt brachte vor der Entscheidung über das Ultimatum eine Wochenübersicht, deren allgemeine Tendenz offenbar der Zustimmung zum Ultimatum geneigt war. Darin war gegen die Fraktionsführer polemisiert, die immer fragten: „Aus welcher Fraktion nehmen wir den neuen Reichskanzler und den neuen Außenminister? Fällt der Reichskanzler dem Zentrum zu, dann verlangt die Deutsche Volkspartei unbedingt das Auswärtige Amt oder umgekehrt." — Mit einem Seitenblick auf eine ganz bestimmte Person hieß es dann:

„Es gibt unter ihnen Leute, die besser reden können als Simons, Leute, denen das oratorische Feuerwerk besser zur Hand ist — das ist aber auch alles! Und nun denke man sich einen solchen Mann des oratorischen Feuerwerks in London, Paris oder Spa den Briand und Lloyd George gegenüber. Würden sie besser abschneiden als Simons? Wir glauben daran nicht."

Dann folgte nachstehende Betrachtung:

„Aber es soll ja nicht derselbe Faden weitergesponnen werden. Das halbamtliche Organ des Herrn Stresemann, der deutsche Zeitungsdienst, bringt so etwas wie ein Programm der neuen Männer, worin es heißt, die Anrufung Amerikas durch Simons sei in der Form würdelos gewesen, und in der Sache sei Simons „in seiner Hoffnung auf den bescheidensten Erfolg betrogen" worden. „Wir brauchen", heißt es weiter, „eine Regierung, die vorwärts blickt, die das Ultimatum zurückweist und die ganze Kraft des deutschen Volkes zu unbeugsamem Widerstand gegen neue Gewalt sammelt. Wir brauchen neue Männer, die die Führung kraftvoll in die Hand nehmen. In diesen Sätzen findet sich neben undeutlichen und doppeldeutigen Redewendungen ein verhängnisvoll deutlicher Programmpunkt des voraussichtlichen neuen Kabinetts: Wir brauchen eine Regierung, die das Ultimatum zurückweist."

Nebenbeibemerkt, war zu der Stunde, in der diese Meldung erschien im Reichstage mit gutem Grunde die Annahme verbreitet, ein Kabinett Stresemann werde das Ultimatum annehmen! Die Bergwerkszeitung meint:

„Mit einem politischen Programm, daß ohne Ueberlegung mit der Entscheidung fertig ist: „Wir müssen eine Regierung haben, die das Ultimatum zurückweist" und das auch nicht ein Wort darüber sagt, was dann zu geschehen hat, um am Leben zu bleiben und besonders um den von der Besetzung getroffenen Landesteilen zu helfen, können wir gar nichts anfangen.

Die Redewendung, die neue Regierung müsse „die ganze Kraft des deutschen Volkes zu unbeugsamen Widerstand gegen neue Gewalt sammeln", ist so nichtssagend und erinnert so verfänglich an die schlimmen Redensarten, die uns während des schon verlorenen Krieges so oft getäuscht haben, daß man sich wundern muß, daß das Organ einer Partei, die eine Regierung bilden will, sie druckt. Mit solchen Redensarten ist ernsten Menschen nicht geholfen. Wo ist denn, wehrlos und gefesselt, wie wir sind, diese Kraft für unbeugsamen Widerstand? Und an welchen Widerstand wird gedacht? Das sind doch Fragen, die man ernsthaft beantworten muß, wenn wir auf solche Redewendungen hin eine Entscheidung treffen wollen — Nein, mit Phrasen muß es jetzt zu Ende sein. Wir haben lediglich die Frage zu beantworten: müssen wir das furchtbare Ultimatum annehmen oder müssen und können wir es ablehnen, und welches sind die Folgen in jedem dieser Fälle? Wir dürfen nicht wie hasardeure handeln, ja oder nein sagen und dann den Kopf unter die Bettdecke stecken."

Man wird zugeben, daß das etwas reichlich anzügliche Bemerkungen sind gegen die Deutsche Volkspartei, in einem Blatte, das der Partei zwar nicht organisatorisch, aber gefühls- und interessenmäßig sehr nahe steht. In der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie scheint hiernach für Herrn Stresemann kein günstiger Wind mehr zu wehen.

Oberschlesien.

Notenwechsel zwischen dem französischen Botschafter und dem Reichskanzler.

Der französische Botschafter in Berlin hat am 19. Mai nachstehende Note dem Reichskanzler übersandt:

Berlin, 19. Mai 1921.

Herr Reichskanzler!

Ew. Exzellenz haben mir gestern von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die das Reichswehrministerium getroffen hat, um die Bildung von Freikorps zu verhindern, und die das Reichsverkehrsministerium verfügt hat, um jeder Beförderung von Freiwilligen und Waffen nach Oberschlesien zu untersagen.

Nach den mir zugegangenen Informationen sind diese Maßnahmen zu spät getroffen worden, um das Eindringen bedeutender bewaffneter Kontingente von außerhalb nach Oberschlesien zu verhindern. Die in der Gegend von Kreuzburg unter dem Befehl von Arnim vereinigten Freikorps sollen mehr als 8000 Mann zählen. Gleichfalls wird die Anwesenheit der Freikorps von Aulock bei Oppeln und Schmidt bei Krappitz gemeldet. Die Gruppe Ratibor, die einen täglichen Bericht veröffentlicht, soll über 9000 Mann und mehrere Kanonen verfügen.

Die erste Maßnahme, die diese Lage gebieterisch erheischt, ist die strenge Abschließung der Grenze zwischen dem deutschen Gebiet und dem Abstimmungsgebiet durch die deutschen Behörden. Die polnische Regierung hat bereits einer derartigen an sie gerichteten Aufforderung entsprochen.

In zweiter Linie wäre ich Ew. Exzellenz dankbar, wenn Sie die zuständigen Behörden anweisen wollten, der interalliierten Kommission die Aufgabe der Lebensmittelversorgung zu erleichtern.

Schließlich muß ich erneut darauf bestehen, daß die Reichsbank aufgefordert wird, unverzüglich die zur Bezahlung der Arbeiter notwendigen Fonds nach Oberschlesien zu entsenden. Nach den Angaben, die die Legationsrate Meyer und v. Moltke gestern abend dieser Botschaft gemacht haben, soll diese Anordnung an die zwiefache Bedingung geknüpft sein, daß die Kommission die pekuniäre Verantwortung für die Bewerkstelligung ihrerseits übernimmt und daß die Zahlungen auf gewisse Betriebe beschränkt werden, die nach Ansicht der deutschen Vertreter der Kontrolle der Insurgenten entzogen sind. Dieser Anspruch ist mit dem Buchstaben und Geist des Vertrages unvereinbar, wonach die Regierungskommission als Vertretung der alliierten Mächte die ausschließliche Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung trägt. Unter diesen Umständen ist die deutsche Regierung gehalten, sich auf die Kommission zu verlassen, die Beförderung und die Verteilung der Fonds nach ihrem Ermessen sicherzustellen. Würden die verfallenen Löhne weiterhin zurückbehalten werden, so würde sie sich schwerlich dem Vorwurf entziehen können, die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit unmöglich zu machen und die Anarchie zu verlängern, die die Kommission zu unterdrücken bemüht ist.

Indem ich im Auftrage meiner Regierung die Aufmerksamkeit Ew. Exzellenz auf diese verschiedenen Punkte lenke, zweifle ich nicht, daß Sie diese in dem versöhnlichen Geiste prüfen werden, von dem Ihre Politik getragen ist, und mit dem Wunsche, dazu beizutragen, daß ein Herd von Unruhen ausgelöscht wird, der für den allgemeinen Frieden besonders gefährlich ist.

Genehmigen Sie, Herr Reichskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

(gez.) Charles Laurent.

Hierauf ist dem französischen Botschafter folgende

Antwortnote

zugestellt worden:

Herr Botschafter! Ew. Exzellenz haben mir mit der Note Nr. 143 vom 19. d. M. die Auffassung der französischen Regierung über gewisse Oberschlesien berührende Fragen übermittelt.

Ich benutze gern jede Gelegenheit, um durch Erörterung mit den in Berlin beglaubigten Vertretern der beteiligten Regierungen die Möglichkeiten zu erschöpfen, den Brandherd in Oberschlesien zu beseitigen, dessen Fortbestehen, wie Ew. Exzellenz mit Recht ausführen, den allgemeinen Frieden aufs schwerste gefährden muß.

Ew. Exzellenz haben aus den Maßnahmen der deutschen Regierung ersehen, daß diese die Bildung von Freikorps auf deutschem Gebiet und den Uebertritt vom nichtbesetzten deutschen Gebiet in das besetzte Gebiet nicht duldet. Etwas ganz anderes ist der Selbstschutz, den die an Leib, Leben und Eigentum aufs höchste gefährdete Bevölkerung Oberschlesiens in Ermangelung jeglichen Schutzes durch die französischen Truppen und in berechtigter Notwehr gegen polnische Insurgenten von sich aus zu bilden genötigt war. Auf diesen aus dem Zusammenschluß der Bevölkerung hervorgegangenen Selbstschutz in einem Gebiet, das der Verwaltung der interalliierten Kommission untersteht, hat die deutsche Regierung keinerlei Einfluß. Die deutsche Regierung hat über die bisher getroffenen bekannten Anordnungen hinaus aber Anweisungen erteilt, daß die zur Ueberwachung der Grenzlinie des besetzten Gebiets auf deutscher Seite vorhandenen Sicherheitsorgane wesentlich verstärkt werden. Ew. Exzellenz erwähnen, die polnische Regierung habe der Aufforderung zur Sperrung der Grenze entsprochen. Demgegenüber habe ich die Ehre, festzustellen, daß eine Verfügung der polnischen Regierung vielleicht ergangen sein mag, daß die Grenze aber tatsächlich völlig offen steht und tatsächlich der Uebertritt von polnischen Soldaten sowie der Nachschub von Munition und Materialien jeder Art für die Insurgenten erfolgt. Aus der Menge des hierüber vorhandenen Materials erwähne ich nur einen Vorfall, der sich in den letzten Tagen ereignet hat. In dem noch im Machtbereich der interalliierten Kommission befindlichen Kreise Kreuzburg haben in der Nacht vom 19. auf den 20. Mai 250 bis 300 Polen die Grenze überschritten und den Ort Kostau angegriffen. Auch hier mußte der anwesende örtliche Selbstschutz eingreifen, um das Leben friedlicher oberschlesischer Bürger zu schützen. Der Angriff konnte nur unter blutigen Verlusten abgeschlagen werden, nachdem die eingedrungenen Polen im Dorfe Kostau ein Gehöft in Brand gesetzt hatten.

In Uebereinstimmung mit Ew. Exzellenz stellte ich mit Befriedigung fest, daß die interalliierte Kommission für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien verantwortlich ist. Die Anarchie, von der in der Note die Rede ist und die seit drei Wochen in Oberschlesien herrscht, steht allerdings zurzeit in schärfstem Widerspruch zu den Verhältnissen, unter denen der Präsident der interalliierten Kommission die Verwaltung des fraglichen Landes im Februar v. J. übernommen hat. Die Wiederherstellung der Ruhe ist auch nicht, wie es in der Note angedeutet ist, eine Frage der Wiederaufnahme der Arbeit, denn es handelt sich gar nicht um einen Ausstand wirtschaftlichen, sondern einzig und allein um einen solchen politischen Charakters. Der polnische Aufstand bezweckt unter Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrags und unter Verhöhnung jeden moralischen Rechtsempfindens die Vergewaltigung des oberschlesischen Volkes. Die Leiden, die die unglücklichen Bewohner von den mit grausamstem Raffinement vorgehenden Banden zu erdulden haben, sind unbeschreiblich. Aus der großen Anzahl von unerhörten Vorfällen sei hier nur an die vor wenigen Tagen durch die Polen erfolgte Mißhandlung der beiden Ingenieure Winkler und Tebbe in Friedenshütte erinnert, die in der Turnhalle über ein Pferd gelegt und mit Peitschenhieben bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, dann wiederholt durch Erfrischungen zum Bewußtsein gebracht und daraufhin weiter geschlagen worden sind, so daß sie jetzt hoffnungslos darniederliegen.

Die deutsche Regierung ist ständig bemüht, Mittel und Wege zu finden, um die unbeschreiblichen Qualen der oberschlesischen Bevölkerung zu lindern. Sie ist in Uebereinstimmung mit Ew. Exzellenz grundsätzlich bereit und gewillt, in jeder praktischen Weise auch durch Lebensmittel- und Geldsendungen die Lage zu erleichtern. Es besteht jedoch nach der übereinstimmenden Ansicht aller Beteiligten und sogar der unmittelbar betroffenen Kreise in Oberschlesien die objektive Unmöglichkeit für die Gewährung, daß Gelder oder Lebensmittel tatsächlich in die Hände der wirklich Empfangsberechtigten gelangen und nicht dem Zugriff der Insurgenten unterliegen. Der Präsident der interalliierten Kommission verfügt wenige Kilometer hinter Oppeln über keinerlei Machtbefugnisse mehr und ist nicht in der Lage, seine etwa gegebenen Garantien in die Tat umzusetzen. Auch die von ihm ausgestellten Bescheinigungen haben bei den polnischen Insurgenten, die teilweise beginnen, sich in wilde Banden aufzulösen, keinerlei Geltung mehr. Dies zeigte sich deutlich z. B. bei der Reise der vom General Le Rond nach Oppeln erbetenen Deputation der Arbeitervertreter aus Kattowitz. Trotz der Bemühungen des französischen Kreiskontrolleurs, Major Salerou, wurde ihr die Abreise von den Polen zunächst überhaupt nicht gestattet. Die daraufhin von Major Salerou vom polnischen Hauptquartier persönlich erbetenen schriftlichen Ausweise wurden auf der Fahrt von den polnischen Posten ebenfalls nicht anerkannt, so daß die Deputation wieder umkehren mußte. Auch der schließlich vom polnischen Kreisbeirat Gornick in Kattowitz in polnischer Sprache unterschriebene Ausweis genügte nur bis zu den ersten Postenketten von Mikultschütz. Von dort mußte sich die Deputation durch Verhandlungen von Ort zu Ort in polnischer Begleitung bis kurz vor Oppeln durchhelfen. Ein ferneres Beispiel für die völlige Ohnmacht der interalliierten Kommission und ihrer Organe ist das am 14. Mai durch die polnischen Insurgenten erfolgte Anhalten des Rybniker Transportzuges von etwa 700 Freiwilligen, obgleich diesem Zug freies Geleit seitens des polnischen Befehlshabers schriftlich zugesagt war und obgleich der Zug unter militärischer Bedeckung von drei alliierten Offizieren und 50 französischen Soldaten fuhr. Bis auf die Frauen, Kinder und älteren Männer wurden alle Flüchtlinge verschleppt und vier Personen unterwegs im Walde bei Tarnowitz nach vorheriger schärfster Mißhandlung ohne irgendeine Veranlassung erschossen, darunter der 14jährige Gymnasiast Haase aus Rybnik.

Aus den Ausführungen dieser Note werden Ew. Exzellenz entnehmen, daß die deutsche Regierung alles zur Besserung der Lage in Oberschlesien zu tun bereit ist, soweit die tatsächlichen Verhältnisse es nicht unmöglich machen.

Die deutsche Regierung will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es den Bemühungen der interalliierten Kommission gelingen wird, endlich Mittel und Wege zu finden, die ordnungsmäßige Gewalt in Oberschlesien wiederherzustellen und die Bevölkerung von dem Joch der polnischen Insurgenten zu befreien.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

gez. Dr. Wirth.

Entsendung englischer Truppen nach Oberschlesien.

Das „Petit Journal" schreibt: Man bestätigt jetzt nach zweitägiger Verzögerung und Schwankungen, daß das englische Kabinett die Entsendung von vier Bataillonen Infanterie nach Oberschlesien beschlossen habe. Oberst Percival, der englische Delegierte bei der Interalliierten Kommission in Oppeln, der sich seit einiger Zeit ganz zurückgezogen und mit seinen Kollegen nur in losen Beziehungen gestanden zu haben schien, hat neue Instruktionen empfangen, nach denen er seinen französischen und italienischen Kollegen vorgeschlagen hat, die Maßnahmen zu prüfen, die geeignet sind, den Kriegseifer der polnischen und deutschen Insurgenten zu dämpfen und die Ruhe im Abstimmunggebiet wiederher-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210524018/fragment/page=0001

zustellen. Man meldet bereits das erste Resultat dieser Aenderung in der Haltung. Die Kommission hat an die deutschen Behörden in Oberschlesien eine sehr energische Note gesandt, in der sie ihre Aufmerksamkeit auf die Konzentrierung der deutschen Freiwilligen lenkt. Man sagt sogar, daß Oberst Percival selbst von den deutschen Bandenführern die Einstellung der Angriffe verlangt habe und dabei auch Erfolg hatte. Die Wiederherstellung der Harmonie und die Wiederaufnahme der nützlichen Arbeit der Interalliierten Kommission hat eine Bedeutung, die in Berlin wohl verstanden werden wird. Es war höchste Zeit, zu der guten Methode zurückzukehren.

Die Darstellung der französischen Presse, als ob die Engländer gegen die „deutschen Banden" entsendet wurden, ist natürlich lächerlich. Ihre Entsendung erfolgt, um General Le Rond den letzten Vorwand seiner Passivität zu nehmen. Diese „gute Methode" haben die deutschen Oberschlesier immer gefordert. Und wenn die Anwesenheit englischer Truppen endlich dazu führt, das Leben der Deutschen zu sichern und die Herrschaft Korfantys zu beendigen, so wird der deutsche Selbstschutz nur allzu gern auf einen Kampf verzichten, den er sozusagen barhändig gegen französische und englische Waffen zu führen hatte, auf einen Kampf, den er überhaupt nur notgedrungen an Stelle der pflichtvergessenen französischen Besatzung übernahm.

Daß die Darstellung des „Petit Journal" unmöglich stimmen kann, ergibt sich auch aus einer Drahtmeldung der „Magdeb. Ztg.", die von einer

Deutschen Selbstschutzaktion

spricht. Die uns aus Berlin datierte Meldung lautet: Nachdem am Sonnabend in Loslau reguläre polnische Truppen mit 65 Feldküchen und Munition festgestellt worden waren und die Polen begonnen hatten, eine Eisenbahn von Loslau bis zur Grenze zu legen, und nachdem Quartiermacher für polnische Kavallerie eingetroffen waren, einigten sich am Sonntag leitende Ententestellen und des deutschen Selbstschutzes auf einen gemeinsamen Säuberungsplan. Die Leitung übernahm der englische Major Keatig, den Unterbefehl über die deutsche Abstimmungspolizei und den deutschen Selbstschutz Generalleutnant a. D. Höfer, ein geborener Oberschlesier.

Mit einem umfassenden Vorstoß von Krappitz und Kosel aus wurde von den oberschlesischen Streitkräften der Annaberg im Kreise Kosel, der über 400 Meter hoch ist, genommen. Der Annaberg, ein berühmter Wallfahrtsort, war vor drei Wochen von den Polen besetzt und mit Artillerie bestückt worden. Er beherrschte weithin das Land und ist entscheidend für mehrere wichtige Eisenbahnlinien. Die Polen wurden vollkommen geworfen und verloren drei Geschütze. Gleichzeitig wurde im Nordosten des Annaberges der strategische Punkt Grosstein genommen. Die Polen verloren hier zwei Minenwerfer und sieben Maschinengewehre.

Diese Meldung stimmt auch zu der Ansicht von Lloyd George, Deutsche an der Schaffung der Ordnung zu beteiligen.

Die „Kriegsverbrecher" vor Gericht.

Fall Heynen: Mißhandlung von Kriegsgefangenen.

Vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts begann am Montag der erste „Kriegsverbrecher"-Prozeß, der sich gegen den ehemaligen Sergeanten und jetzigen Küfermeister Karl Heynen aus Barmen richtet. Den Vorsitz führt Senatspräsident Schmidt, die Anklage vertritt Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer. Für die englische Regierung sind anwesend der Staatsanwalt Sir Ernst Pollock, ferner Sir Ellis William und Mr. Gatty, beide Mitglieder der Kommission zur Untersuchung von Verletzungen der Kriegsgesetze. Der angeklagte Heynen wird verteidigt von den Rechtsanwälten Cüppers (Düsseldorf), v. Förster (Großlichterfelde) und Dr. Dittenberger (Leipzig). Zur Verhandlung sind 32 Zeugen geladen, darunter 16 englische Belastungszeugen. Als Dolmetscher fungiert u. a. Lektor Peters von der Leipziger Universität und als Sachverständiger General v. Fransecky (Freiburg i. Br.).

10 Minuten nach 9 Uhr erscheinen die Mitglieder des Senats. Zu Beginn der Verhandlung teilt der Präsident Schmidt mit, daß ein Teil der englischen Zeugen noch nicht erschienen sei, und er spricht die Erwartung aus, daß sich die Säumigen noch an Pünktlichkeit gewöhnen werden. Es werden alsdann die beiden Dolmetscher vereidigt und die Zeugen aufgerufen.

Die Vernehmung des Angeklagten.

Der in Barmen geborene Angeklagte ist noch unbestraft und Vater von neun Kindern. Vor der Vernehmung teilt der Präsident mit, daß die Aufgabe des Senats hier ganz scharf und eng umgrenzt sei; sie bestehe darin, zu ermitteln, ob dem Angeklagten persönlich eine Schuld trifft. Für politische oder andere Erwägungen wäre in diesem Saale, der lediglich der Gerechtigkeit diene, kein Raum, und er, der Vorsitzende, werde dafür sorgen, daß alle derartigen Erörterungen unterbleiben.

Dem Angeklagten werden nach dem Eröffnungsbeschluß insgesamt 46 selbständige Mißhandlungen von englischen Gefangenen in einem Gefangenenlager zur Last gelegt. Er soll sie durch Fußtritte, Stockschläge usw. begangen haben. Ferner soll er Krankmeldungen und Beschwerden von Gefangenen nicht weitergegeben haben. Wegen Gefangenen-Mißhandlung ist er bereits 1916 mit zwei Wochen Arrest bestraft worden. Wie der Präsident mitteilt, wäre die Amnestie der Straffälle an sich zwar verjährt, aber ein besonderes Gesetz bestimme jetzt, daß für vorausgegangene Straferlasse eine Verjährung ausgeschlossen sei. Zu seiner Verteidigung gibt der Angeklagte an, daß sich die englischen Kriegsgefangenen oft widerspenstig gezeigt und die Arbeit verweigert hätten unter der Angabe, daß sie nicht verpflichtet seien zu Arbeiten, die zum Kriege in Beziehung ständen, z. B. im Bergwerk, weil dadurch der Krieg verlängert werde. In dem Lager bei Münster befanden sich 200 englische und 40 russische Gefangene. Er habe sich, weil einer fremden Sprache unkundig, schwer mit ihnen verständigen können. Deutsche Offiziere hätten fortwährend das Lager kontrolliert und die Gefangenen gefragt, ob sie irgendwelche Beschwerden wegen der Verpflegung, Behandlung usw. hätten; es habe sich daher keiner bei den Offizieren gemeldet. Selbst die Gefangenen hätten zugegeben, daß Heynen wegen der Verpflegung der Gefangenen stets besorgt gewesen sei. Jeder Gefangene habe ein gutes Nachtlager (Strohsack und zwei Decken) gehabt. In den ersten Tagen sei stets morgens ein Arzt zur Besichtigung der Gefangenen erschienen. Nachdem die Zwangsarbeit eingeführt war, meldeten sich täglich zahlreiche Mannschaften krank, an manchen Tagen bis zu 60, und zuweilen der halbe Bestand, so daß die Arbeit nicht vorwärts ging und die Vorarbeiter sich beschwerten. Im Laufe der Zeit habe man die Simulanten bald herausgefunden und diese dann einfach zur Arbeit kommandiert. Es wurden täglich zwei Schichten angefahren, von 6 bis 2 Uhr und von 4 bis 10 Uhr. Er stellt in Abrede, die Gefangenen Schweine usw. genannt zu haben, vielleicht „Schweinerei" habe er einmal unmutig gesagt und die Engländer hätten irrtümlicherweise „Schwein" verstanden. Mit dem Stock habe er die Gefangenen nicht geschlagen, denn er habe nie einen Stock getragen. Auch habe er sie nie mit einem Revolver bedroht; während des ganzen Krieges habe er nie einen Revolver besessen. Auf einem Weg zur Arbeit nach Herne seien unverhältnismäßig viel Gefangene ausgetreten und zurückgeblieben, an der Arbeitsstelle habe er sie nur schwer wieder zusammenbringen können. Durch den englischen Soldaten Parry, der deutsch verstand, habe er den Befehl zum „Antreten" gegeben. Da nach stundenlangem Warten der größte Teil der Gefangenen den Befehl nicht befolgt habe, sei er „einmal dazwischen gefahren", von seinem Seitengewehr, wie Parry behauptete, habe er nicht Gebrauch gemacht. Von einem Teil der Gefangenen sei dann die Annahme der Grubenkleider verweigert worden. Das hätten die Gefangenen in der vorhergegangenen Nacht unter sich beschlossen. Aus den Mienen der Engländer habe er entnehmen müssen, daß sie zu allem bereit seien. Die Russen wären arbeitswilliger gewesen. Nach und nach habe er die Engländer aber doch zur Einfahrt in den Schacht bewogen, und zwar ohne Schläge. Es sei möglich, daß er beim Einfahren in den Schacht versehentlich einmal mit dem Gewehrkolben gestoßen habe. Wie der Präsident mitteilt, wird von den englischen Gefangenen angegeben, daß sie bei dieser Gelegenheit auch von den Wachtmannschaften geschlagen worden seien, wovon der Angeklagte aber nichts gesehen haben will. Richtig sei, daß er einige Rädelsführer in eine Arrestzelle gesteckt habe, um sie abzusondern, damit sie die anderen Gefangenen nicht weiter aufhetzten.

Der Präsident geht alsdann auf einen anderen Fall ein, in dem der Angeklagte die Gefangenen mit Steinen beworfen habe. Der Angeklagte kann sich auf einen solchen Fall nicht erinnern, gibt aber die Möglichkeit zu. Die Sache ist jedenfalls viel harmloser gewesen. Er habe als Lehrmeister einen Vizefeldwebel gehabt, der manchmal vor der Front gesagt habe: „Kerls, ich werfe euch den ganzen Exerzierplatz ins Gesicht!" Vom Vorsitzenden wird der Angeklagte darauf aufmerksam gemacht, daß ein englischer Soldat einen solchen Vorgang anders auffasse, als ein deutscher Soldat auf dem Exerzierplatze.

Weiter wird dem Angeklagten zur Last gelegt, einen englischen Soldaten, der sich verunreinigt hatte, längere Zeit unter eine kalte Dusche gestellt zu haben. Der Angeklagte erwidert, das Wasser sei genügend warm gewesen, auch habe die Duschzeit kaum eine Minute gedauert. Nach seiner Angabe hat er niemals eine genaue Instruktion über Gefangenenbehandlung erhalten. Es sei ihm gesagt worden, wie schlecht deutsche Gefangene in Frankreich und England behandelt würden. In Münster habe er gesehen, daß andere Gefangene, die nicht arbeiten wollten mit Gewalt zur Arbeitsstätte gebracht wurden. Was habe er denn machen sollen, wenn die Leute nicht mit abmarschieren wollten; da habe er allerdings manchmal einen Gefangenen am Arm gepackt.

Es werden dann auf Veranlassung eines Verteidigers die Unterkunfts- und Verpflegungsverhältnisse im Lager eingehend erörtert, die nichts besonderes ergeben. Auf eine weitere Anfrage über die erhaltene Instruktion über den Waffengebrauch gibt der Angeklagte an, er sei dahin instruiert worden, daß er von der Waffe Gebrauch machen könne, wenn ein Gefangener einem Befehle nicht nachkomme.

Die Zeugenvernehmung.

Der erste Zeuge John Parry bekundet: Unterkunft und Nachtlager waren gut, die Nahrung dagegen schlecht. Auch die Behandlung sei schlecht gewesen. Es seien im Schacht Mißhandlungen vorgekommen, beschwert habe sich aber kein Gefangener. Ihnen sei gesagt worden, wenn sie nicht im Schacht arbeiten wollten, kämen sie auf ein Bauerngut oder in eine Zuckerfabrik. Trotzdem hätten sie im Bergwerk arbeiten müssen. Sie hätten das für unzulässig gehalten und deshalb hätten sie sich geweigert, die Grubenkleidung anzulegen. Bei dieser Gelegenheit habe der Angeklagte die Gefangenen gestoßen und geschlagen. Ihm sei ausdrücklich von den Engländern mitgeteilt worden, daß sie sich nur deshalb weigerten, im Schachte zu arbeiten, weil sie keine kriegsdienliche Arbeit, die ihrem Lande schädlich sei, leisten wollten. Sie seien aber mit Gewalt zur Arbeitsstätte geführt worden. Er für seine Person könne dem Angeklagten selbst nichts Nachteiliges nachsagen, er sei von ihm nicht geschlagen worden. Allerdings habe ihn der Angeklagte einmal „Schweinehund" genannt, was aber vom Angeklagten in Abrede gestellt wird. Der Zeuge gibt an, etwas Deutsch zu verstehen.

Weiter gibt der Zeuge an, daß einmal einer seiner Kameraden eine Stunde lang unter eine Dusche mit kaltem Wasser gestellt worden sei, worauf der Angeklagte erwidert, nicht er, sondern ein Bademeister habe das Wasser zur Dusche laufen lassen. Der Angeklagte habe, als sich der Soldat habe krank melden wollen, gesagt: der braucht ein Bad. Später habe der Angeklagte den Kranken geschlagen, anstatt ihn nach dem Lazarett gehen zu lassen. Durch die lange Gefangenschaft sei der englische Soldat später etwas geisteskrank geworden. Der Zeuge sagt weiter aus, er habe auch gesehen, daß der Angeklagte einem Gefangenen beim Schachteingang mit dem Gewehrkolben auf den Kopf schlug. Was die vielen Krankmeldungen betrifft, so hätten die Gefangenen, denen Schachtarbeiten bisher unbekannt war, krank werden müssen. Auf Vorbehalt, warum sich die Gefangenen nicht beschwert hätten, teilt der Zeuge mit, daß einmal sieben Gefangene eine schriftliche Beschwerde gegen Heynen einem im Lager befindlichen Zivilisten zur Weiterbeförderung übergeben hätten. Diese Beschwerde hätten sogar die übrigen Wachmannschaften unterstützt. Das Verhältnis zu diesen sei ziemlich freundlich gewesen. Das Essen sei ziemlich schlecht gewesen.

Auf diesen Vorwurf bemerkt der Angeklagte, wer gesehen habe, wie viele Pakete die englischen Gefangenen aus der Heimat erhielten, und zwar mit den besten Nahrungsmitteln, der werde begreifen, daß ihnen die Gefangenenkost nicht geschmeckt habe. Nach dieser Vernehmung tritt zunächst eine Pause ein.

„Die internationale Solidarität hat gesiegt".

Während der Londoner Verhandlungen über die Entschädigungsfrage veröffentlichte der sozialistische Bergarbeiterführer Hué in zahlreichen deutschen und ausländischen Zeitungen einen Artikel, in dem er in beweglichen Worten das hohe Solidaritätsgefühl der deutschen Bergarbeiter mit ihren ausländischen Kameraden pries. Man müsse, so schrieb der deutsche Bergarbeiterführer u. a., angesichts der Ueberproduktion an Kohlen in Groß-Britannien, Belgien, Frankreich und Holland, die zur Stillegung von Gruben und zur Entlassung vieler Bergarbeiter geführt habe, auch verstehen, daß die deutschen Bergleute aus Solidaritätsgefühl mit ihren ausländischen Kameraden verlangen, ihrerseits von Ueberschichten abstehen zu dürfen. Inzwischen hat sich bekanntlich die Mehrheit der Bergarbeiter in der Tat gegen die Erneuerung des Ueberschichtenabkommens ausgesprochen, und es werden infolgedessen Ueberschichten im Ruhrgebiet nicht mehr verfahren. Die internationale Solidarität hat gesiegt! In Deutschland! Im Auslande, so werden die sozialistischen Bergleute denken, muß diese Solidaritätsbekundung, dieser Opfermut für sozialistische Ideen, der den eigenen Volksgenossen große Leiden auferlegt zum Nutzen der ausländischen Kameraden, ein hohes Gefühl der Dankbarkeit auslösen. Die internationale Verbrüderung ist auf dem Marsche!

Inzwischen marschiert Frankreich, um das Ruhrgebiet zu besetzen. Französische und belgische Soldaten (zum größten Teile aus Arbeiterkreisen stammend) stehen an den Grenzen des Ruhrgebiets bereit, auf Befehl der feindlichen Machthaber einzudringen und die Knebelung der deutschen Arbeiter durchzuführen. (Unbotmäßige Arbeiter sollen, wie die Entente bereits verkündet hat, sofort ausgewiesen und durch Polen ersetzt werden). In dieser höchsten Not beschloß die Bergarbeiterschaft des Ruhrgebiets gegen die beabsichtigten Gewaltmaßnahmen an alle Gewerkschaften und Arbeiterverbände im Auslande die Aufforderung zu richten, bei den alliierten Regierungen darauf hinzuwirken, daß von dem Gewaltakt gegen das deutsche Proletariat in letzter Stunde Abstand genommen werde.

Aus Frankreich ist soeben die Antwort eingegangen. Dem Pariser „Temps" zufolge haben die französischen Gewerkschaften das Ersuchen der deutschen Gewerkschaften abgelehnt, sich an der Unterzeichnung eines Protestes zu beteiligen.

Im belgischen Ministerrat, unter Vorsitz des Königs, wurde am 7. Mai beschlossen, unverzüglich alle die Besetzung vorbereitenden Maßnahmen zu treffen. Bei der Abstimmung hat nach Zeitungsmeldungen ein sozialistischer Minister (Vandervelde) gegen, einer (Destrée) dafür gestimmt, während zwei sozialistische Kabinettsmitglieder sich der Stimme enthalten haben. Der sozialistische Minister Destrée gibt dem „Temps"-Korrespondenten auch den Grund an, warum er für die Sanktionen gestimmt hat: „Ich bin wie alle Sozialdemokraten Anhänger der Resolution von Amsterdam, ich verteidige sie, aber das ist ja nur Theorie, jetzt muß man mit Realitäten rechnen und praktische Maßnahmen ergreifen!" Sehr interessant und einleuchtend ist auch der Grund, warum die sozialistischen Minister nicht aus der Regierung ausscheiden, wie sie es doch vorhatten: „Ein sozialistischer Minister erklärt dem „Soir", daß er und seine sozialistischen Kollegen auch gegen die Besetzung von Frankfurt gestimmt hätten, daß sie aber trotzdem nicht zurückgetreten wären, weil gewisse Fragen der inneren Politik ihr Verbleiben erforderlich gemacht hätten!"

Abgesehen von der Schmach, die die deutschen Sozialisten in ihrem unerschütterlichen Glauben an die Internationale wiederum einmal erleiden, könnten sie aus dem Verhalten ihrer ausländischen Genossen doch die Lehre ziehen, daß Nationalismus vor Internationalismus geht. Sie werden zu dieser Erkenntnis kommen, aber nach den bisherigen Erfahrungen wahrscheinlich erst dann, wenn es zu spät ist und uns auch nationales Zusammenhalten vor dem völligen Zusammenbruch nicht mehr retten kann.

Deutsches Reich.

Ein riesiger Valutaschmuggel, bei dem ein außereuropäischer Gesandter aufs schwerste kompromittiert ist, wurde von der Wiener Zollbehörde aufgedeckt. Der Balkanuntertan Nissim Presenti, der mit einem echten diplomatischen Paß nach der Schweiz reisen wollte und großes mit dem echten Gesandschaftssiegel gesichertes Gepäck mit sich führte, wurde festgenommen. Ehe man aber das Gepäck zu öffnen wagte, wurde eine Haussuchung bei Presenti vorgenommen und aus Aufzeichnungen festgestellt, daß er gewerbsmäßig Millionenbeträge in Kronen nach dem Auslande gebracht hat, so zum Beispiel einmal eine Summe von 42 Millionen Kronen für einen italienischen Grafen. Aus Aufzeichnungen, die über die neue Gepäcksendung vorlagen, ging hervor, daß sie 12 Millionen Kronen enthielt. Presenti hat ein volles Geständnis abgelegt. Er beschuldigte seinen Gesandten, daß dieser für die Siegelung 200 000 Kronen erhalten habe. Nach Oeffnung des Gepäcks, als sich herausstellte, daß darin nur 11,8 Millionen Kronen enthalten waren, fügte Presenti hinzu, daß der Gesandte, der persönlich die Siegelung vorgenommen habe, sich noch weitere 200 000 Kronen widerrechtlich angeeignet haben müsse.

Die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands veröffentlicht einen eine volle Seite der „Roten Fahne" füllenden Aufruf an das deutsche Proletariat, der von neuem beweist, daß die deutschen Kommunistäen und ihre russischen Treiber aus dem letzten Putsch nichts gelernt haben und daß sie an dem Putschgedanken festhalten. Es wird den Arbeitern plausibel zu machen gesucht, daß nur die proletarische Revolution, nur der Kampf und die entscheidende Tat ihnen helfen können. Durch Kampf und Massenaktion sollten die Arbeiter zeigen, daß es ihnen mit ihren Forderungen ernst sei. Die Kommunisten würden in Kampftagen wieder die ersten, die Opfermütigsten und Opferwilligsten sein. — Die Mitteilung der „Freiheit" über die Vorgeschichte und die Wirkung des Märzputsches der Kommunisten sind der „Roten Fahne" offenbar sehr unbequem. Sie bezeichnet das ganze Material einfach als erlogen unter Berufung auf das Urteil der letzten Sitzung des Zentralausschusses, dem es bereits vorgelegen habe und der daraufhin mit überwältigender Mehrheit den Ausschluß Levis, die Maßregelung der mit ihm solidarischen Genossen und die Fortführung der Politik der revolutionären Initiative gebilligt habe. Die Partei sei nicht geschwächt, sondern gestärkt und kampfbereiter als zuvor aus der Märzaktion hervorgegangen.

Das Verfahren gegen die Kriegsverbrechen in Leipzig. Die Londoner Blätter veröffentlichen Berichte ihrer nach Leipzig zu dem Verfahren gegen die deutschen Kriegsbeschuldigten entsandten Berichterstatter und erklären, Deutschlands Aufrichtigkeit werde durch diese Verhandlungen auf die Probe gestellt werden. Die „Moning Post" schreibt, wenn die gefällten Urteile der Schwere der Verfehlungen entsprächen, werde die britische Regierung daraus den Schluß ziehen, daß die Bestrafung der Kriegsbeschuldigten Deutschland überlassen werden könne. Wenn die britischen Vertreter jedoch zu einem andern Schluß kommen sollten, so werde England auf den Buchstaben des Friedensvertrages zurückkehren müssen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210524018/fragment/page=0002